

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. 1920.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Lh. Gsch in Wildbad.

Nummer 175

Februar 179.

Wildbad, Samstag, den 31. Juli 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

### Sonntagsgedanken.

#### Opferfreudigkeit.

Was ist stärker als Not, Sorge, Leid,  
Ein Herz voll Opferfreudigkeit.

### Wochenrundschau.

Der Reichstag ist in dieser Woche über die Arbeit der deutschen Abordnung auf der Konferenz in Spa zu Gericht gesessen. Das Urteil ist, wie zu erwarten war, recht mitleidig ausgefallen. Reichkanzler Fehrenbach und Reichsminister Simons hatten den Abschluß des Abkommens zu vertreten und sie legten alle die bereits bekannten Gründe dar, die eine Ablehnung der feindlichen Forderungen, die in der Form eines Diktats gestellt wurden, als unmöglich erscheinen ließen. In Spa hätte für Deutschland nicht mehr erreicht werden können, und an uns ist es nun, durch fleißige Arbeit die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Das war der Standpunkt der Regierung. Der Reichstag konnte daran sachlich nicht viel ändern, aber er blieb unter dem Eindruck der ungeheuren Lasten kühl oder gar frostig. Mit Ausnahme der Deutschnationalen tadelte er nicht, aber er fand auch kaum ein Wort des Lobes. Was wäre an der Konferenz von Spa auch außer dem erblichen Willen unserer Vertreter zu loben gewesen? Der Frieden ohne Sieg ist ein Sieg ohne Frieden geworden. Es herrschte der Zwang und die Gewalt nicht minder als in Versailles trotz einiger Höflichkeitsworte und des Händedrucks des Herrn Lloyd George, Nebensächlichkeiten, die auf deutscher Seite leider so gern überschätzt werden. Auch Minister Simons ist in der rühmenden Anerkennung des Austausches einiger Höflichkeit in Spa offenbar zu weit gegangen, was im Reichstag von verschiedenen Seiten ausgesprochen wurde.

Wie wenig darauf zu geben ist, wenn Lloyd Georges, als es darauf ankam, die Deutschen zur Annahme der französischen Forderungen zu überreden und die Konferenz nicht scheitern zu lassen, gelegentlich sich unsern „guten unparteiischen Freund“ nannte, haben wir eben erst erfahren: Ein Dekret der britischen Regierung erklärt — unmittelbar nach Spa — das „Königliche britische Protektorat“ über ganz Ostafrika (jetzt englischer Protektorat Kenia am Äquator), Kamerun (soweit es nicht französisch wird) und Togo. Was ist von der „Freundschaft“ Lloyd Georges zu halten, wenn er mit der Dekretierung des „Protektorats“ zugleich alle Deutschen aus unseren Kolonien vertreiben und ihr mühsam erworbenes Eigentum auflösen und an englische Spekulanten verkaufen läßt? Nur einigen wenigen Deutschen, die „es verdienen“ d. h. die im Krieg Verrat geübt haben, soll der Aufenthalt in den Kolonien gestattet werden können. Also zum brutalen Raub noch Spott und Hohn! Würdig der prophanen Verteilung von 454 Millionen Goldmark Belohnung an die Besatzung der 159 englischen Kriegsschiffe, die in der Seeschlacht vom St. Gerad — die Engländer nennen sie die Schlacht bei Skotland — von der viel kleineren deutschen Flotte — besiegt worden sind. Auch diese Belohnung kann die Niederlage nicht in einen Sieg umkämpfen.

Während der Verband von Deutschland immer die vollste Einhaltung der Vertragsbestimmungen verlangt und gleich mit Strafen bei der Hand ist, nimmt er es selbst mit Recht und Gesetz gar nicht so genau. Da werden ganz munter Truppen- und Munitionszüge durch Deutschland nach Polen durchgeschmuggelt unter dem Vorgeben, es seien Lazarettzüge. Und als der Schmuggel entlarvt wurde, da wurde behauptet, das sei keine Verletzung der deutschen Neutralität, denn Deutschland habe nach dem Friedensvertrag kein Recht zu einer Neutralität, die den Verband in irgend einer von ihm beliebigen Maßnahme behindere. Die Folgerung wäre natürlich, daß Deutschland seine Freiheit verloren habe und daß der Verband der Herr in Deutschland sei. Tatsächlich ist es ja leider so, aber völker- und vertragsrechtlich nicht. Das wissen die Feinde wohl, sonst hätten sie ja die Munitionszüge nicht unter falscher Flagge zu schmuggeln brauchen.

Aber jetzt heißt es: helfe, was helfen mag. Auch die polnische Heeresleitung sieht jetzt zu, daß Polen verloren ist, wenn nicht ein Waffenstillstand, und

Frieden geschlossen wird. Damit preßiert es aber den siegreich vordringenden Russen nicht. Vor dem 30. Juli, ließen sie der bange harrenden Regierung in Warschau sagen, sei es nicht möglich, die polnischen Unterhändler nach dem Verhandlungsort Baranowitschi, der jetzt wieder im russischen Bereich liegt, zu bringen, weil die Polen bei ihrem Einfall in das russische Gebiet so furchterlich gehaßt haben, daß die Bevölkerung dort aufs äußerste gereizt sei. Diese Begründung der möglichen Hinausschiebung der Verhandlungen hört sich aus dem Munde von Bolschewisten nicht übel an, aber sie ist wohlbedacht und in ihrer Boshaftigkeit namentlich an die Adresse der Schutzherrn Polens, der Verbündeten gerichtet. Diese verstehen und empfinden den Nadelstich ganz wohl; er ist die Antwort auf die neueste Sonderkonferenz, die Lloyd George und Millerand in Boulogne am Meer veranstalteten. Da wurde wieder in Tönen über Rußland gesprochen, als ob man es behandeln könnte wie Deutschland. Es hieß da: Wenn die Moskauer Regierung es nicht so und so macht, dann werden wir es so und so machen. Und es war den beiden Verhandlungsberatern doch so wenig wohl zumute trotz der überlauten Versicherung, die Einigkeit unter den Verbündeten sei — vielleicht zum hundertsten Mal — aufs neue befestigt worden. Wenn die Russen ihnen nicht den Gefallen tun wollten, so können sie nicht viel machen. Darüber täuschen sie die Welt nicht mehr.

Gewisse Drahtzieher im Verband sind nun auf einen niedlichen Gedanken gekommen, wovon das Pariser Blatt „Petit Parisien“, das gern Weststadtkläusl macht, berichtet: „Britische Kreise“ in Berlin wollen die deutschen „Kenner der Ostfront“ wie Hindenburg und Ludendorff bewegen, für die Verbündeten die polnischen Kasernen aus dem russischen Feuer zu holen und so den verbändlerischen Nichtkennern, vor allem dem Weltfieger Koch die Wortschlamme zu ersparen, die ihnen an der „Ostfront“ so sicher wäre, wie an der Murmanküste und in Obeffa. Dafür würde Deutschland eine gewisse Abänderung des Vertrags von Versailles bezüglich der an Polen verschleuderten deutschen Gebietsteile „versprochen“, — wenn Polen einwilligte. Allerdings würde, solange die Deutschen sich mit den Russen schlagen, der Verband zu seiner „Garantie“ sämtliche deutsche Festungen besetzen im Westen, Osten, Norden und Süden. — Entweder sind die vom Verband verrückt, oder sie glauben, wir seien es.

Man braucht kein Wort darüber verlieren, daß die deutschen „Kenner der Ostfront“ für Handlangerdienste für den Verband nicht zu haben sind. Ob wir unsere Grenzen von uns aus gegen den bolschewistischen Anmarsch zu verteidigen haben werden, das kann man jetzt noch nicht wissen, aber daß es jetzt im Osten um eine Entscheidung von europäischer, von Weltbedeutung geht, das ist sehr leicht möglich. Deutschland hat in den engen Grenzen, die ihm der Vernichtungsfrieden von Versailles und der Vertrag von Spa gelassen haben, seine Vorbereitungen für alle Fälle getroffen. Der Stabschef des Wehrkommandos I in Ostpreußen hat über die Gefahr berichtet. An der ostpreussischen Grenze stehen 12 russische Infanterie- und Reiterdivisionen, erstere je 5000 bis 6000, letztere 2000 Mann stark; insgesamt stehen vor Ostpreußen 65 000 Russen. Es sei damit zu rechnen, daß sie, um die Polen zu umgehen, durch Ostpreußen einzudringen versuchen. Die deutsche Infanterie steht bei Rastenburg, die Reiterei ist an mehreren Punkten hinter der Grenze verteilt.

Was sind denn nun aber die Ziele der Bolschewisten? Darüber wird hin und her gestritten. Sie selber sagen, sie wollen den Frieden. Den hatten sie schon haben, da die Polen besiegt sind. Auch in London glaubt man der Versicherung nicht, daher soll die Friedenskonferenz in London erst nach dem Abschluß des Handels mit Polen stattfinden, angeblich nicht vor dem 15. September. Inzwischen könnte noch viel passieren. Soll man in Deutschland den wiederholten Vetterungen von Moskau, daß die Sowjetregierung an keine Feindseligkeit denke und „freundschäftlich“ gegen Deutschland gesinnt sei, Glauben schenken? Was heißt bolschewistische Freundschaft? Die Litauer bekommen sie gegenwärtig zu kosten, nachdem ihnen auch die Friedenseligkeit versprochen worden war. In Litauen wurde von den Russen im Durchgangsgebiet sofort die kommunistische Revolution durchgeführt. Und so soll auch bereits die Einführung der Räteherrschaft in Deutschland abgepro-

ben sein, falls die Russen die deutsche Grenze gewinnen. Polen wird dann nicht mehr die Schraube, sondern die rote Brücke für die Weltrevolution im Westen sein, sagte Trotski.

Auf jeden Fall wird man in Deutschland den Friedensversicherungen der Bolschewisten gegenüber vorichtig sein müssen. Versprechen wegen heutzutage nicht mehr schwer. Auch der arabische Emir Feisal von Syrien hat sich auf ein feierliches Versprechen verlassen, — jetzt ist er, wie Kaiser Wilhelm II. landflüchtig. Die Engländer versprochen ihm die freie Herrschaft in Syrien. Da kam die Konferenz von San Remo, wo der Oberste Rat Syrien Frankreich zuteilte — und das Versprechen war nicht mehr. Im Namen des „Völkerbundsmandats“ forderte Frankreich die Unterwerfung und der „Frieden von Damaskus“ ist darum so interessant, weil er der getreue Abklatsch des berühmten Friedens von Versailles ist. Es scheint vom „Völkerbund“ so eine Art stehende Formel für Ernährungsfrieden aufgestellt worden zu sein: König Feisal und seine Familie verlassen das Land; die „Kriegsverbrecher“ (die ihr Land gegen den französisch-englischen Raub verteidigten) sind auszuliefern; das Heer und die Bevölkerung werden entwaffnet, alle Waffen sind auszuliefern; an Stelle des Heeres tritt eine Polizeiwache; es sind sofort 10 Millionen Franken als „Wiedergutmachung“ zu bezahlen usw. — Und da ist man im Verband über-rascht, daß der ganze ISlam sich gegen eine solche Gen-... ben will!

### Die Kohlenverteilung.

In der letzten Sitzung des Reichskohlenratsanschlusses teilte Reichskommissar Geheimrat Stuy mit, daß die feindliche Wiedergutmachungskommission einen Kohlenlieferungsplan für den Monat August übergeben habe, wonach zu liefern sind: vom Ruhrgebiet 172 000 Tonnen, vom Aachener Gebiet 64 000 Tonnen, von Oberschlesien 60 000 Tonnen, vom Kölner Braunkohlengebiet 135 000 Tonnen. Demgegenüber ist von deutscher Seite ein Vorschlag gemacht, der günstiger ist, und es wird nun eine Verständigung angestrebt. Auf jeden Fall aber müssen gegenüber der bisherigen Belieferung für Deutschland bederbende Abzüge gemacht werden. So soll der Eisenbahn im August nur gerade der wirkliche Verbrauchsbedarf überwiesen werden, während die übliche Vorratslieferung wegfällt. Derzeit haben die preussischen Eisenbahnen noch für 21, die sächsischen für etwa 40 Tage Kohlenvorrat. Die Belieferung der Industrie wird um 841 000 Tonnen Steinkohlen und 96 000 Tonnen Braunkohlen gekürzt. Die Hausbrandversorgung wird sich mehr auf die Rohbraunkohle beschränken müssen, die weniger Heizkraft besitzt, deren Abbau aber eher gesteigert werden kann als derjenige der Steinkohle. Auch die Industrie wird ihre Feuerungsanlagen für Braunkohlen umzubauen genötigt sein, es können jedoch viele Monate vergehen, bis dies möglich sein wird. Man darf deshalb keine allzu großen Hoffnungen darauf setzen, daß die Braunkohle zunächst eine wesentliche Erleichterung bringen werde, schon deswegen nicht, weil die Braunkohlen größtenteils durch die Eisenbahnen abbefördert werden müssen. Vom 15. September ab wird aber der Bezug von Braunkohle auf jede Entfernung freigegeben und womöglich wird auch in den nächsten drei Jahren der Bezug auf 150 Kilometer freigegeben, wenn die Eisenbahnverhältnisse es gestatten. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sollen in gleicher Höhe wie bisher beliefert werden, dagegen mußte die Kohlenausfuhr, die besonders nach Holland und der Schweiz geht, im August um mehr als die Hälfte eingeschränkt werden, was wiederum die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen erschwert. Ueberhaupt setzt der Reichskohlenkommissar auf die Steigerung der Kohlenförderung durch vermehrte Lebensmittelausfuhr keine große Hoffnung. Bis zum Jahr 1920 sind die Belegschaften um 65 000 Mann vermindert worden.

Im Ausschuss wurde dann noch der Antrag des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats auf eine Preiserhöhung von 25 Mark für die Tonne ab 1. August beraten. Die Erhöhung setzt sich zusammen aus 1. vierzehn Mark für verstärkten Heimstättenbau für die Bergarbeiter; 2. neun Mark zur Übernahme der seit Juni anstelle einer Lohnsteigerung eintreffenden vom Reich vorläufigweise gegebenen 4 1/2 Mark für die Schwicht für Ver-



Lebensmittelanforderungen; 3. Welt Markt zur Rückzahlung der schon ausgegebenen Anweisungen an das Reich.

Staatssekretär Hirsch erklärte, die Regierung würde gegen die Preiserhöhung Einspruch erheben. Die Reichsregierung sei bereit, für den Bau von Heimstätten 300 Millionen Mark vorrätigweise zur Verfügung zu stellen und auf die Rückzahlung der Lebensmittelanweisungen zu verzichten. Die verbleibenden 9 Mark der Preiserhöhung müßten die Grundbesitzer tragen. Der Auskauf beschloß aber, den Kohlenpreis ab 1. August um 4 Mark zu erhöhen, wogegen der Staatssekretär namens der Reichsregierung Einspruch einlegte. Der Ausschuß wählte darauf eine engere Kommission aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher, die der Reichsregierung die Notwendigkeit der Preiserhöhung begründen soll.

## Neues vom Tage.

### Der Holländische Kredit.

Haag, 30. Juli. Die Erste Kammer hat den Antrag von 200 Millionen Gulden an Deutschland angenommen. Das Geld wird in Schatzscheinen überwiesen.

### Bela Kuhn freigelassen?

Berlin, 30. Juli. WTB. meldet: Da bis jetzt ein Auslieferungsantrag über Bela Kuhn von der ungarischen Regierung nicht vorlag, ist Kuhn gestern freigelassen worden.

Die Blätter melden: Der ungarische Gesandte hat gestern im Auswärtigen Amt das Auslieferungsbegehren Kuhns wegen gemeiner Verbrechen, darunter Entwendung von 3/4 Millionen Kronen aus der Bodenkreditbank, abgelehnt.

### Der bayerische Staatshaushalt.

München, 30. Juli. Finanzminister Dr. Kronmüller hat gestern im Landtag den Vorschlag für 1920 vorgelegt. Die Einnahmen und Ausgaben erreichen fast zwei Milliarden. Der außerordentliche Staatshaushalt sieht außerdem Ausgaben in Höhe von 809 Millionen vor. Der Stand der bayerischen Staatsschuld ist gegenwärtig besser, weil das Reich mit den Eisenbahnen auch die schwelende Schuld übernommen hat. Der Minister betonte die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit im Land wie im Reich.

### Krieg im Osten.

Warschau, 30. Juli. (Generalsstabsbericht vom 29. Juli.) Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ostwiec ein. Ein Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo-Ostwiec ist im Gange. Südlich von Bialystok und westlich der Bialowieser Heide besetzten wir allmählich die planmäßig vorbereiteten Stellungen. Im Süden haben unsere Abteilungen in der Gegend von Brody die berittene Armee des Feindes angegriffen. Am Sereth ist die Lage unverändert.

Paris, 30. Juli. Hier glaubt man, daß die Verhandlungen mit der Sowjetregierung über Polen scheitern werden, da die Russen bereits die Bedingungen des Verbands außer acht gelassen haben, indem sie den Riemens überschritten. Die Verbündeten werden die Polen mit Kriegsmaterial unterstützen.

General Wrangel hat die Beteiligung an der russisch-polnischen Friedenskonferenz abgelehnt.

### Die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

Kiew, 30. Juli. Die russischen Waffenstillstandsbedingungen sind: Polen gibt Wilna, Minsk, Grodno und Cholm auf. Polen liefert das gesamte Kriegsmaterial an Rußland ab, sowie 70 Proz. des Eisenbahnmaterials. In Polen wird die Sowjetverfassung für die Dauer eines Jahres eingeführt; nach Ablauf dieser Zeit kann Polen sich seine eigene Verfassung geben. Polen wird für die Dauer von fünf Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden die polnischen Salz- und Kohlengruben an Rußland abgetreten. Man muß sagen, die Russen haben von ihren ehemaligen Verbündeten sehr viel gelernt. Was doch der Oberste Rat dazu sagen wird?

## Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Eben ein.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Wenn sie den Prinzen nicht schroff abwies und nicht gleich bei seinem ersten verlebten Bild freiwillig den Hofdienst aufgab, so waren vielleicht nur die Verhältnisse schuld daran. Sie war arm und darum angewiesen auf ihre Stelle. Und einen Prinzen konnte man nicht vor den Kopf stoßen natürlich.

So dachte Breda bis zu jenem Tag, da der Prinz ihm jenen Brief in die Hand drückte.

„Lieber Breda, es wäre mir angenehm, wenn Sie diesen Brief persönlich bestellen würden. Sie sind ja bekannt im Hause Lampelius — besuchen dort — ein Besuch von Ihnen wird also nicht auffallen. Nebenbei bemerkt: Ich wünsche nicht, daß jemand um die Sache erfährt!“

Bredas Blut wallte so heftig auf, daß er die Adern auf seiner Stirn schwellen fühlte.

Der Prinz schrie an Lore! Und er sollte den Diebstahlsboten machen!

„Nimmermehr!“ schrie etwas in ihm. Wirst ihm das Antwort vor die Füße, sage ihm Klipp und Klac: dieses Weib gehört mir, denn sie hat mir ihr Herz freiwillig geschenkt! Und dann nimm deinen Abschied und gehe!

Aber seine Lippen blieben stumm. Vor Respekt? Aus anerkennender Devotion? O nein! Aus angstvoller Neugier, was sie wohl dazu sagen würde, wenn er ihr diesen Brief überbrachte.

Darum allein ging er hin. Seine Neugier wurde nicht befriedigt. Lore war nicht daheim, als er kam. Nur die Mutter.

Und diese machte ihn dann sehend! Ihre ersten Worte:

London, 30. Juli. Lloyd George hat die in Boulogne mit Millerand vereinbarte Note nicht nach Moskau abgesandt, sondern nur die Anfrage, ob die Antwort Tschitcherins so aufzufassen sei, daß die Vertreter der Sowjetregierung in London nur mit den Vertretern des Verbands oder auch mit denen der Polen und der Randstaaten zusammentreffen wollen. Von der Antwort hierauf wird die weitere Stellungnahme Englands abhängen.

### Abtransport der Tschechen.

Cuxhaven, 30. Juli. Die gestern gelandeten Tschechoslowaken wurden in drei Sonderzügen nach der Heimat befördert. Die Waffen folgten in späteren Zügen nach, sodas die Truppen ohne Waffen durch Deutschland reisen. Ein Mitglied des Hamburger Arbeiterrats ist zur Prüfung der Waffenfrage hierher gekommen. Ein Arbeitervertreter wird einen der Züge bis Horburg begleiten.

### Das beschlagnahmte Obst.

Wien, 30. Juli. Gegen den Arbeiterrat Fischer, der die 1400 Wagen Obst aus Ungarn nach Deutschland beschlagnahmte, ist die Untersuchung wegen Erpressung und anderer Gewalttätigkeiten eingeleitet. Fischer ist noch anderer Schiebung verdächtig.

### Der Streit um das Erdöl.

Washington, 30. Juli. Das Staatsamt hat bei der Verbündeten sehr entschiedenen Einspruch wegen der Erdölverteilung erhoben. Die Vereinigten Staaten verlangen den gleichen Anteil in den Gebieten, die unter ein „Völkerbundsmandat“ gestellt sind, namentlich in Mesopotamien.

### Beratungen der Ernährungsminister.

Berlin, 30. Juli. Heute sollen hier Beratungen der Ernährungsminister der Einzelstaaten über den Abbau der Zwangswirtschaft und der Kriegsgesellschaften, sowie über die Neueinteilung der Kohlenversorgung stattfinden.

Nach den „Leipz. N. Nachr.“ sind einschneidende Maßnahmen zu erwarten. Zunächst sollen die Kartoffeln freigegeben werden. Die Vertretungen der Städte und der Landwirtschaft hatten bekanntlich einen Plan ausgearbeitet, wonach Lieferungsverträge abgeschlossen werden sollten mit einem Preis von 25 Mark pro Zentner und 5 Mark Zuschlag. Dieses Abkommen hatte ursprünglich 80 Millionen Zentner vorsehen. Das Reichsministerium hat jedoch keine Zustimmung nur gegeben unter der Bedingung, daß dieses Quantum auf 120 Millionen erhöht würde, um für 44 Wochen 6 Pfund wöchentlich pro Kopf der Bevölkerung zu liefern. Als sich nun im Lauf des Sommers herausgestellt hatte, daß eine gute Kartoffelernte zu erwarten war, trugen die Städte Bedenken, die Verträge abzuschließen, weil sie glaubten, daß später im freien Verkehr sie sich billiger einkaufen könnten. Infolgedessen ist von dem Bedarf von 120 Mill. Zentnern nur etwa ein Viertel, gleich 30 Mill. Zentner, angemeldet worden. Da aber die Ernte bis heute einen reichlichen Ertrag verspricht, glaubt man, die Kartoffeln freigegeben zu können, wobei jedoch die abgeschlossenen Lieferungsverträge als zu Recht bestehend durchgeführt werden müssen. Sie geben den Städten eine gewisse Reserve.

Gegen die sofortige Aufhebung der Fleischbewirtschaftung wird geltend gemacht, daß die Tiere im Sommer bei der reichlicheren Nahrung an Gewicht zunehmen. Der Fleischbestand wird also im Herbst größer sein, wenn bis dahin die Zwangswirtschaft beibehalten wird. Ferner soll ein Vorrat an Getreide angelegt und aus dem Ausland Futtermittel gekauft werden, damit die Landwirte weniger in Verlegenung kommen, Getreide zu verfüttern.

### „Von Deutschland hängt das Heil Europas ab“

London, 30. Juli. Kriegsminister Churchill schreibt in den „Central News“, die Früchte des Sieges werden in Frage gestellt, wenn Polen den Vorschlag ablehnt, Deutschland habe die Wahl, entweder seine eigene Zivilisation (1) in dem bolschewistischen Chaos untergehen zu lassen, oder durch außerordentliche Anstrengungen eine Schranke gegen die Ueberflutung durch die

Barbarei zu errichten. Wenn die Deutschen sich fähig erweisen, der Menschheit diesen Dienst zu leisten, so werden sie zweifellos einen großen Schritt vorwärts tun und ihre früheren Fehler vergessen machen. Sie könnten einen großen Platz in der menschlichen Zivilisation einnehmen und die engste Zusammenarbeit zwischen Frankreich, England und Deutschland ermöglichen, wovon das Heil Europas abhängt.

## Württemberg.

Stuttgart, 30. Juli. (Gegen den Munitionsschmuggel.) Eine Versammlung der Betriebsräte des Eisenbahnverbands sollte eine Entschließung, die gegen den Transport von Truppen und Munition des Verbands durch Deutschland Einspruch erhebt. Derartige Transporte sollen mit allen Mitteln verhindert werden, gegebenenfalls werden Maßnahmen ergriffen werden, um mit der Privatindustrie in den Generalkreis zu treten. — In der Versammlung wurde ferner mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den Reichslohntarif der Eisenbahner günstig fortgeschritten, daß aber die württembergischen Arbeiter dabei nicht gut abschneiden werden.

Stuttgart, 30. Juli. (Vom Schlachtviehhof.) Der erste freie Viehmarkt im hiesigen Vieh- und Schlachthof am letzten Dienstag nahm einen stürmischen Verlauf und befriedigte weder Metzger noch Händler. Es waren nur 111 Stück Großvieh und 128 Küber zugeführt. Durch eine Abordnung wurden im Anschluß an diesen ersten Markt die Forderungen und Wünsche der Metzger und Händler beim Ernährungsministerium vorgebracht. Die Metzger wollen die Zulassung zum Viehkauf neben den Viehhändlern und die Befreiung der Zwangswirtschaft. Die erste Forderung wurde ihnen trotz des Protestes der Händler genehmigt und die Erstellung von Viehkaufscheinern in Aussicht gestellt. Die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Rationierung konnte aber nicht zugesagt werden. Weniger befriedigt von der Audienz waren die Viehhändler. Sie sehen es nicht gerne, daß auch die Metzger am Viehkauf teilnehmen sollen. Das Ministerium will aber das Schlichtungssystem mildern, bei Kübern, Schweinen und Schafen soll auf den Schlachtschein verzichtet werden. Der zweite Markt am Donnerstag verlief wesentlich ruhiger. Es war genügend Vieh aller Art da: 208 Stück Großvieh, 153 Küber, 12 Schweine und 50 Schafe. Nach die Qualität war ausgezeichnet. Metzger, die sich auf dem Markt nicht einkaufen konnten, erhielten sofort Aufkaufscheine für das Land. So ist zu hoffen, schreibt das Städt. Nachrichtenamt, daß auch nach dem Wegfall der Fleischmarkte am 16. August eine gesonderte Fleischversorgung zustande kommt und daß sich die Metzger mit der Führung der Kundenlisten abfinden.

Oberürtheim, 30. Juli. (Die Eingemeindungsfrage.) Auf der Amisversammlung erklärte Regierungsrat Nid, die Sache der Eingemeindung nach Stuttgart sei noch nicht spruchreif. Das Ministerium sei der Ansicht, daß ohne die Eingemeindung von Botnang und Kallental an eine Eingemeindung von Hebelingen und Oberürtheim nicht zu denken sei. Dazu komme auch noch die Berücksichtigung der ebenso berechtigten Wünsche von Münster, Hltsbach, Rotenberg, Rohrauer und Sillenbuch.

Sülzingen, 30. Juli. (Studenten als Dorfarbeiter.) Die Allgäuer Dorfwerke haben sich bereit erklärt, etwa 25 Studenten gegen tarifmäßige Bezahlung in den Ferien einzustellen.

Tailsingen, 30. Juli. (Gefahrene Einbrecher.) Der Dfenbauer Bollert und ein Arbeitsgenosse aus Hechingen wurden verhaftet. Sie hatten in der Firma Maute und Söhne 20 Dutzend Hemden gestohlen. Die Hemden sind zum Teil wieder beigebracht. Auch der Diebstahl bei der Firma Numann, wo für 30 000 Mk. Waren gestohlen wurden, geht der Aufklärung entgegen.

Rot a. N., 30. Juli. (Räubergefinde.) In Bärenschachen drangen zwei junge Burchen während des Gottesdienstes in ein Bauernhaus ein, knielten das Dienstmädchen und raubten 600 Mk. und einige Anzüge. Gleichzeitig raubten zwei Burchen in der Eifelhalde einen größeren Geldbetrag.

Hall, 30. Juli. (Amerikaspende.) Dem hiesigen Diakonissenhaus ist aus einem Kaffeekränzchen in Phönixville eine Spende von 10 500 Mk. zugegangen.

Neresheim, 30. Juli. (Neue Abtei.) Die neue Abtei, die nach der vor etwa 100 Jahren erfolgten Auflösung hier wieder errichtet werden soll, wird von Mönchen der Benediktiner-Kongregation, solchen, die aus Prag-Emmaus vertrieben wurden und seither hier Gastrecht

„O wie glücklich wird Lore sein!“ hätten ja allein schon genügt. Aber sie sprach noch viel mehr. Sie deutete an, wie sehr Lore diese Neigung insgeheim erwidere — eine Liebe auf den ersten Blick! — welche Hoffnungen sie daran knüpfte — vor ihm, Breda, dem alten Freund des Hauses brauche man ja kein Geheimnis daraus machen.

Wie vor den Kopf geschlagen ging er von dannen. Von da an sah er ihren Anblick wie die Pest.

Und wenn später noch sie und da ein Zweifel in ihm aufstieg an den Worten der alten Gräfin, so war das mit einem Schlag zu Ende, als er erfuhr, Lore Lampelius werde eine Hofdamenstelle bei der jungen Prinzessin bekleiden.

Daß man sie ihr weder gern noch ganz freiwillig gab, wußte alle Welt, wenn auch niemand genau die Hebel kannte, die dafür in Bewegung gesetzt worden waren.

In Bredas Augen aber war dies das Siegel von Lores Schmach. Sie nahm an! Sie konnte das über sich gewinnen! Was wollte sie damit? Was hoffte sie noch? Das Glück der jungen Ehe zu stören?

So hatte er gedacht bis vor wenig Tagen. Aber nun —

Nein. Er mußte sie noch einmal sprechen. Sie — nicht die Mutter! Sein Dienst, die nahe Abreise und seine ehemals freundschaftlichen Beziehungen mochten als Entschuldigung für die unpassenden Stunden dienen.

Obwohl es ihm niemand gesagt hatte, war er doch überzeugt, daß Lore für diesen Abend Urlaub genommen, er sie also zu Hause treffen würde.

Sie wußte zu gut, wie Rosenknecht ihre Wiederanstellung bei Hof beurteilen würde und daß er unfähig war, sich zu verstellen. Nie würde sie sich freiwillig seinem richtenden Blicke aussetzen.

Aber Breda hatte seine Rechnung ohne den Wirt, d. h. ohne die alte Gräfin Lampelius gemacht.

Als er kurz nach sechs Uhr der ihm öffnenden Aufwartefrau seine Karte gab und in den Salon geführt wurde, fand er bloß die alte Gräfin dort.

Sie empfing ihn sehr kühl und bedauerte, daß ihre Tochter keinen Abschiedsbesuch nicht gleichfalls entgegen nehmen könne, da sie leidend sei und zu Bett liege.

Was nun? Verzögert und enttäuscht trat er den Heimweg an. Er war überzeugt, daß Lore gar nichts von seinem Besuch erfahren hatte und die Gräfin wieder einmal auf eigene Faust Schicksal gespielt hatte. Doch änderte dies nichts an der Tatsache, daß es ihm nun kaum mehr möglich sein würde, sie zu sprechen.

Nach der Art wie Lore das letztemal von ihm geschieden war, würde sie ihm gewiß fortan keinen Schritt entgegen tun, und ihr auf der Gasse anzufaunern, dazu fehlte es ihm an Mut, aber auch an Zeit.

Seltamerweise hatte der Mißerfolg seine Sehnsucht, sie zu sehen, und seinen Glauben, alles müsse noch gut werden, wenn er nur fünf Minuten allein mit ihr sprechen könnte, noch gesteigert.

Während er sich noch den Kopf darüber zerbrach, wie er dies herbeiführen könnte, kam ihm das Schicksal in Gestalt des Herzogs unerwartet zu Hilfe.

Der Herzog, von dem Wunsch befeelt, einerseits die Beziehungen des jungen Paares vor Egonns Abreise noch zu festigen, andererseits sich selbst einen Einblick in dieselben zu verschaffen, sprach den Wunsch aus, das prinzipliche Paar samt Gefolge möge den vorletzten Abend bei ihm verbringen.

Diesmal gab es keinen Urlaub weder für Breda noch für Lore Lampelius, denn das Gefolge war ja ausdrücklich mitgeladen.

Uebrigens konnte Breda nichts erwünschter kommen als diese Anordnung. Wenn das Glück ihm nur einigermaßen

gefunden haben, demnächst gegründet werden. Der Fürst v. Thurn und Taxis wird für die in Heresheim bisher untergebrachte Anstalt für schwachsinrige Kinder die Gebäulichkeiten des Forstamts in Heisdorf O. M. Niedlingen einräumen. Das fürstliche Forstamt Heisdorf wird nach Obermarchtal verlegt werden.

### Mutmaßliches Wetter.

Die Strömungen sind immer noch nicht ganz ausgeglichen, obgleich der Hochdruck bestehen bleibt. Am Sonntag und Montag ist zeitweilig bedecktes, mäßig kühles, meist trockenes, doch streichweise zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 30. Juli.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Landtags teilte Finanzminister Köhler mit, daß die Regierung dem nächsten Landtag eine Denkschrift über den Landw. Grundbesitz des bad. Staats und seiner Verpachtung vorlegen werde. Ministerialrat Köhler bemerkte, die Getreidepreise in Baden seien vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzt und wegen der Transportkosten höher als in Norddeutschland.

In der zweiten Sitzung wurde hierauf das Gesetz über das Verfahren bei den Volksabstimmungen (Landtagswahlgesetz) einstimmig angenommen; ebenso das Gesetz über Änderungen des Gebäudeversicherungsgesetzes. Auch der Gesetzentwurf über die Änderungen des Gesetzes betr. die Verhältnisse des Sanitätspersonals (Änderungen der Wählbarkeit zur Apothekerkammer) fand einstimmige Annahme.

Namens des Ausschusses für die Aufhebung der Zwangswirtschaft berichtete Abg. Schön (Dem.): Man dürfe erwarten, daß sich der Kartoffelpreis unter 25. Mark halten werde. Ueber den Abbau der Preise hat der Ausschuss Richtlinien aufgestellt, in denen zum Ausdruck kommt, daß zunächst das Angebot und die Erzeugung zu vermindern ist. Der Verbrauch von Luxusartikeln, wie Tabak, Zigaretten, Schokolade, Tee, Kaffee, Luxuskleider usw. soll eingeschränkt werden. Ob die Auswanderung der überzähligen Bevölkerung gefördert werden könne, müsse erst noch geprüft werden.

Minister Kemmle teilt mit, daß sich die Reichsregierung mit der teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden nicht einverstanden erklärt habe und daß Gegenmaßregel zu beschließen seien. So seien keine Kartoffeln von Norddeutschland nach Baden angewiesen worden. Die Kartoffelversorgung der großen Städte stosse bereits auf Schwierigkeiten und vom Oberland werde geklagt, daß fremde Käufer das Vieh aufkaufen und ins Ausland oder nach Norddeutschland verschicken.

Der Antrag auf teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft nach den Beschlüssen des Ausschusses wird einstimmig angenommen und die Richtlinien über den Abbau der Preise wurden gebilligt. — Nächste Sitzung am Mittwoch, Tagesordnung u. a. Abm. des Staatsministeriums.

## Baden.

Karlsruhe, 30. Juli. Den Beamten des Landratspräsidiums in Karlsruhe ist es gelungen, mehrere ganz bedeutende Schieber in Karlsruhe auszuheben. Die Schieber, von denen sich bis jetzt 10 in Haft befinden, haben große Warenpartien (darunter sehr viel Seereis) aufgekauft und wieder angeboten. Nach der beschlagnahmten Korrespondenz sollten erhebliche Mengen von Militärausrüstungsgegenständen durch die besetzten Gebiete im Osten nach Polen verschoben werden.

Heidelberg, 30. Juli. Die Polizei verhaftete einen Drogaler, der mit Mehl Schleichhandel trieb; eine größere Menge konnte beschlagnahmt und der Leuten heilanstalt zugeführt werden.

Freiburg, 30. Juli. Ueber die letzten Stunden des Erzbischofs Dr. Körber wird mitgeteilt: Die letzten Tage hatten im Befinden des Verstorbenen eine leichte Besserung gebracht. Am 27. Juli trat plötzlich eine Verschlimmerung ein. 10 Minuten nach 6 Uhr war der Erzbischof sanft entschlafen. Im Sterbezimmer weilten die Schwägerin des Erzbischofs und etwa 20 Geistliche, die Herren des Domkapitels, einige Herren des Münster, Beamte des Ordinariats und andere in Freiburg anwesende Geistliche. Die Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz sind bereits zur Teilnahme an der Beisetzung im Münster am Dienstag aufgefordert worden. Die in der Kapelle des Erz. Palais aufgebahrte Leiche des verstorbenen Erzbischofs war von hundert und aberhundert von Personen im Lauf des Mittwochs nachmittag besichtigt worden. Die in stillem Zuge an dem Katafalk vorüberzogen. Am Donnerstag vormittag wurde der Sarg geschlossen.

Am Mittwoch, den 11. August, wird in allen katholischen Kirchen der Erzdiozese das allgemeine feierliche Requiem für den verstorbenen Erzbischof abgehalten werden.

hold war, mußte sich dabei eine Gelegenheit finden, mit Lore zu sprechen.

In fiebernder Ungeduld verbrachte er den Tag bis zum Abend. Würde sie auch wirklich kommen? Nicht vielleicht die scharfen Augen des Herzogs fürchten und sich im leichten Augenblick krank melden?

Denn der Herzog, der bisher infolge der äußeren Ereignisse, die ihn beständig in Anspruch nahmen, noch keine Zeit gefunden hatte, sich um den Haushalt des jungen Paares zu kümmern, würde diese erste Gelegenheit, die neuer-nannten Hofdamen im Amt zu sehen, sicherlich nicht ohne scharfe Prüfung vorbeigehen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

## Vermischtes.

Zeitgenüsse Aufforderung. Der Sächsische Volksrat hat an alle Gasthöfe, Fremdenherbergen usw. die Befreiung der Pensionisten nicht zu überlassen. Es sollen dadurch gerade den Reisen, die eine Erholung am nötigsten haben, die Festbesoldeten, unmöglich gemacht, sich wieder zu stellen.

— Einzug von Silbergeld. Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, daß die silbernen 50-Pfg. Stücke, 1 und 2 Markstücke einzuziehen sind. Sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel, sollen aber bis zum 1. Januar 1921 bei den Banken in Zahlung genommen oder umgetauscht werden.

— Die Zwangswirtschaft. Wie die „Oermantla“ schreibt, ist der Reichswirtschaftsminister entschieden gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei verschiedenen wichtigen Artikeln, deren Freigabe die Inflationen ernährungsmittele vorgezogen haben.

— Herabsetzung der Braunkohlenpreise. In der gemeinschaftlichen Sitzung des Reichskohlenverbands und des Ausschusses des Reichskohlenrats wurde beschlossen, für mittel- und ostdeutsche Braunkohlenregionen den Preis für Beliebs um 19 Mark, für Röhrlkohlen um 9 Mark die Tonne, für die rheinischen Gebiete um 12 bzw. 6 Mark herabzusetzen. Dazu kommt für den Verbraucher noch der Wegfall von 20 Proz. Kohlensteuer aus den genannten Beträgen. Die Braunkohlenpreise ermäßigen sich demnach Netto um 12 bis 15 Prozent gegenüber den seitherigen Preisen.

Das längste Fernsprechkabel der Welt besitzt Deutschland. Die fortwährenden Plakereien der Polen machten es notwendig, eine unmittelbare Fernsprecheinrichtung zwischen dem Reich und Ostpreußen herzustellen und diese ist durch das neue Telegrosen- und Fernsprechkabel hergestellt, dessen Verlegung am 4. August beendet sein wird. Das Kabel beginnt in Lobbe (Pommern) und endet in Tenkitten (Ostpreußen). Es hat eine Länge von 170 Kilometern. Das Kabel macht den Verkehr mit Ostpreußen vom polnischen Korridor unabhängig.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Juli.

Der Reichstag erledigt zunächst eine Reihe von Anträgen. Bei dieser Gelegenheit teilt ein Regierungsvertreter zur Senkung des Papierpreises mit, die Reichsregierung habe für diesen Zweck vom 1. März bis 1. Juli d. J. 10 Millionen angewendet und eine ähnliche Summe werde jetzt wieder bereitgestellt. Auch für spätere Zeiten werden weitere Mittel vorgesehen.

Zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstpflicht erklärt Abg. v. Galtwitz (D. n. l.): Wenn gestern eine Säule aus dem stolzen Bau herausgebrochen wurde, so soll heute das ganze Gebäude zum Einsturz gebracht werden. Ein Söldnerheer ist für uns nicht brauchbar. (Die Ausführungen geben zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und den Mittelrechten der Rechten Partei. Der Redner wird überhört. Die Glocke des Präsidenten muß erst Ruhe schaffen. Als der Redner der ruhmbedingten Taten von Heer und Marine gedenkt, bricht ein ohrenbetäubendes Lachen und Schreien aus, das minutenlang andauert.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.) spricht von dem Stand, das die allgemeine Wehrpflicht und der Militarismus hervorgerufen. (Stürmischer Widerspruch, Pöbelrufe rechts, die Deutschnationalen und Mitglieder der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.)

Abg. v. Karlowitz (D. n. l.) Ich bitte, in diesem Augenblick, wo wir am Grab aller Hoffnungen stehen, dem Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begegnen. (Die Rechte betritt wieder den Saal.) Der preussische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt. Ist der Bolschewismus nicht Militarismus? Daß die Bestimmung eine unendlich tiefe Schmach für uns ist, dafür müßte auch die Linke Verständnis haben. Unsere wirtschaftliche Stärke beruht darauf, daß jedermann durch die Güte des bunten Rods gelangen war. (Lobeshaut ruft: Kinderel, Erneuter Pöbel.) Wir müssen irgend einen Ersatz schaffen.

Abg. Schilling (D. n. l.) begründet seinen Antrag auf Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres. Das Gesetz betr. Abschaffung der Wehrpflicht wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Mitglieder der D. Volkspartei in 2. und 3. Lesung angenommen.

Berlin, 30. Juli. Der Gesetzentwurf über die Ent-waffnung der Zivilbevölkerung wird dem Reichstag heute zugehen. Die Abfertigung soll bis 1. Januar beendet sein. Abzugeben sind: Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze und Waffenteile. Revolver zur eigenen Sicherheit dürfen im Besitz von Zivilpersonen sein, doch müssen Waffenschein gelöst werden. Der Reichspräsident wird einen Aufruf an die Bevölkerung ergehen lassen.

## Letzte Nachrichten.

### Ausstellung der Firma Krupp.

Essen-Ruhr, 30. Juli. Bei der Friedrich Krupp u. Co. ist die Ausstellung nun soweit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach dem Fahr-System in Massenfabrikation stattfindet. Die mit der Maschinenfabrik Fahr-Altenhofgesellschaft Goit-madingen (Baden) gemeinsam begründete Krupp und Fahr Maschinenvertrieb G. m. b. H. nimmt am 1. September d. J. in Berlin ihre Tätigkeit auf.

### Landarbeiterfreit.

Braunschweig, 30. Juli. In den Kreisen Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt freiten die Landarbeiter.

### Die Vorarbeit für Genf.

Paris, 30. Juli. Bertinax schreibt im „Echo de Paris“, von der internationalen Anleihe für Deutschland werden vier Fünftel für die Kriegsschuldentilgung verwendet, den Rest könne Deutschland zur Beschaffung von Lebensmitteln verwenden. Als Sicherheit für die Anleihe werden hinterlegt Industriepapiere, die deutschen Zoll-einnahmen, die noch nicht endgültig überwiesenen Zahlungen Deutschlands an den einen oder anderen Verbündeten usw. dienen. Die Wiedergutmachungskommission wird alle Finanzunternehmungen des Reichs im Ausland überwachen. Sie wird nun auch die Gesamtsumme der Entschädigung und die Art der Jahresabtragung feststellen. Die Verbündeten haben unter sich bereits eine feste Zahl vereinbart, unter die sie nicht herabgehen. Sie haben sich ferner auf 42 feststehende Jahreszahlungen von je 3 Milliarden Goldmark geeinigt zu denen von 1926 an 27 weitere Jahresraten kommen, die sich stufenweise von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Bis 1963 müßte 270 Milliarden Franken zu zahlen, Deutschland müßte also durchschnittlich 6 Milliarden jährlich bezahlen.

## Aus der Heimat.

Wildbad, den 30. Juli 1920.

Landestheater. Die für Samstag nachmittag angesagte Kindervorstellung findet erst am Sonntag nachmittag 4 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt das Märchenspiel „Rotkäppchen“. Sonntagabend 7 1/2 Uhr „Czardasfürstin“; Montagabend „Zwangseinquartierung“.

Ausstellung. Arnold Dahlke-Weimar veranstaltet eine Ausstellung von Original-Scherenschnitten in der Wartehalle des König-Karlbades. Eintritt ist jedermann kostenlos gestattet.

### Freier Ort für freies Wort.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die presserechtliche Verantwortung.

### Kurtage und Bäderpreise.

Nachdem der Herr Stadtschultheiß in seiner Erwiderung in der Mittwochsnummer mitgeteilt hat, daß die Zahl der amtlich angemeldeten Fremden bis zum 21. Juli in diesem Jahr um annähernd 1000 größer war, als im vorigen, hat er damit selbst eine Antwort auf die Behauptung von der „gähnenden Leere“, die in diesem Jahr hier herrschen soll, gegeben und es ist wohl nicht nötig weiter auf diesen Punkt einzugehen.

Bei der vergleichenden Kurtageberechnung zwischen Baden-Baden und Wildbad hat der Herr Stadtschultheiß die ihm am meisten passenden, niedrigsten Tagesätze der dortigen Kurtage, also 50 Pfg. und 1 Mk. zu Grunde gelegt, während ich vom Durchschnitt, von 1.25 Mk. ausgegangen war, daher ist die Verschiedenheit der Endergebnisse leicht verständlich. (Mk. 1.25 ist der Durchschnitt zwischen der höchsten täglichen Kurtagestufe von 2 Mk. und der niedrigsten von 50 Pfg. Wenn ich in meinem Artikel von 2.50 Mk. als von der höchsten Stufe gesprochen hatte, so war dies ein handgreifliches Versehen bei der Niederschrift, denn bei der Ausrechnung des Durchschnitts von 1.25 Mk. hatte ich die Tage von 2 Mk. als Höchststufe angesetzt und nicht von 2.50 Mk., andernfalls hätte die Ausrechnung eine andere Mittelzahl ergeben). Wer in Wildbad in solchen Zimmern wohnt, für die in Baden-Baden nur 1 Mk. oder gar 50 Pfg. tägliche Kurtage erhoben wird, kann hier bei der Badverwaltung um Kurtagermäßigung oder Kurtagebefreiung nachsuchen. Es ist davon auch in diesem Jahr häufiger Gebrauch gemacht worden, als in den vorhergehenden. In keinem einzigen Falle hat die Badverwaltung ein begründetes derartiges Gesuch abgewiesen. Der Kurtage, der in seinen Mitteln beschränkt ist, kann also hier mit halber oder ohne Kurtage durchkommen, dies ist aber meines Wissens in Baden-Baden nicht der Fall. Meinem Artikel in der Dienstagsnummer, der übrigens ohne mein Wissen und Zutun mit der Aufschrift „Ungeheuerlich“ versehen worden ist, wurde vom Herrn Stadtschultheiß sachlich nicht widersprochen, so daß es sich erübrigt, auf die Tatsache der gefälschten Unterschriften im Streit um die Kurtage zurückzukommen. In welchem Zusammenhang mit der Kurtage aber an der mir vom Herr Stadtschultheiß in seiner Entgegnung unermittelt ins Gesicht geschleuderte Vorwurf meiner angeblichen Verweise gegen die Ärztekollegen in Wildbad steht, vermag ich nicht zu begreifen. Ich begrüße jedoch mit Freuden die Gelegenheit, mich über die von ihm angeregte Sache auszusprechen. Zu Beginn dieses Jahres wurde von der Badverwaltung eine neue Badeschreibung an Stelle der vergriffenen alten zur Drucklegung gegeben und es wurde eine starke Auflage bestellt, um einen Vorrat für einige Jahre zu haben. Da die Badverwaltung voraus-sah, daß in den nächsten Jahren nicht nur Änderungen in der Kurtage und den Bäderpreisen, sondern auch in der Verzetafel erfolgen würden, wurde bestimmt, daß die Angaben über Bäderpreise und Kurtage und die Verzetanschriften nicht in die Badeschreibung selbst aufgenommen werden sollen, sondern auf ein Beiblatt, das jedes Jahr neu gedruckt und auf diese Weise auf dem Laufenden erhalten würde. Dies ist auch geschehen und das Beiblatt ist ein regelmäßiger Bestandteil jedes einzelnen Exemplars der Badeschreibung. Auf der dritten Seite der Badeschreibung selbst werden die Badeschörden aufgeführt und dabei ist der Name des Badesarztes zwischen demjenigen des Badekommissars und des Badinspektors, nicht größer und nicht kleiner als diese, genannt. Diese beiden Tatsachen sind es, die der Herr Stadtschultheiß mit den Worten zu stellen liebte, daß der „Badearzt“ sich auf der ersten Seite des neuen Prospekts mit fetter Schrift empfiehlt, während er die Namen seiner Ärztekollegen weggelassen hat“. Im Gegenteil, Herr Stadtschultheiß, noch keiner meiner Vorgänger war so unheimlich seinen hiesigen Kollegen gegenüber, wie ich! Früher war stets die Badeschreibung den um Auskunft fragenden Patienten in einem Briefumschlag zugeschickt worden, der in dicken Lettern die Aufschrift trug: Sendung des R. Badesarztes Geh. Hofrat Dr. u. f. w. Ich habe darin eine Benachteiligung der hiesigen Kollegen erblickt und habe vom ersten Tage meines Hierseins an, unpersonliche Briefumschläge dazu verwenden lassen, ohne von jemand darum ersucht zu worden sein. Ich habe mich auch in der neuen Badeschreibung nicht etwa auf der ersten Seite als den Verfasser der Schrift genannt, wie mein Vorgänger es in der alten gemacht hatte, sondern ich habe meinen Anteil daran verschwiegen.

Hiermit schließe ich, für meinen Teil wenigstens, den über der Kurtage entstandenen öffentlichen Streit ab, da dabei aus den sachlichen Erörterungen außerfachliche Beschimpfungen, auf welchem Gebiet ich mich dem Herrn Stadtschultheiß nicht gewachsen fühle, hervorgegangen sind.

Dr. P. Schöber.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 1. Aug. 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe. Beicht: An den Wochentagen vor der heil. Messe, Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 6 1/2, 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der hl. Messe.

